

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Der Zeitungsbildern und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich (mit Post 2,50 M., halbjährlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Postgebühren) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-2 / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnstraße 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachnummer Dresden Nr. 18 690, Dresdner Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-2, Osterbahnstraße 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Schreibstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neunmal gepolte Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM, für die Anzeigenzeile einschließlich an den dreispaltigen Teil einer Textzeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-2, Osterbahnstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Bezahlung besteht kein Anspruch auf Vorrückung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4 Jahrgang

Dresden, Dienstag den 18. Dezember 1928

Nummer 294

Blutopfer des Dollars

Die Bolivianer in Paraguay einmarschieren — Erste Kämpfe Der Krieg in Südamerika

Neurock, 18. Dez. (Eig. Drahtbericht.)

Nach Meldungen aus La Paz nahmen die bolivianischen Truppen zwei weitere paraguayische Forts, Palols und Alvarola, ein und eroberten angeblich 20 Waggons Munition und Proviant. Ueber La Paz wurde bolivianische Flugzeuge Bomben ab. Der paraguayische Generalstab wurde an die Grenze alarmiert. In Paraguay ist eine allgemeine Mobilisierung verkündet. Nach Meldungen beider Länder wurde der Ausbruch des offenen Krieges erklärt. Aus Washington wird gemeldet, daß Bolivien den Vermittlungsversuch des Völkerbundes ablehnt und sich ebenso dem panamerikanischen Vorschlag gegenüber verhalten wird. Paraguay teilte mit, daß der Krieg unvermeidlich sei. Brasilien und Argentinien zeigen für den Streitfall großes Interesse.

In Kreisen der Panamerikanischen Konferenz wird der tatsächliche Kriegsausbruch zwischen Bolivien und Paraguay sehr ernst beurteilt. Man ist der Ansicht, daß eine Vermittlungsaktion des Völkerbundes von vornherein zum Scheitern verurteilt ist. Allgemein wird der Ansicht Ausdruck gegeben, daß der Krieg nicht auf Bolivien und Paraguay beschränkt bleibt, sondern auf andere südamerikanische Staaten übergreifen wird, so daß ein allgemeiner Krieg in Südamerika ausbrechen kann. Zwar haben Chile, Peru und Uruguay ihre Neutralität angemeldet, jedoch hat der argentinische Staatspräsident Irigoyen geltend gemacht, daß Argentinien unter keinen Umständen Ausbruch eines Krieges zwischen Bolivien und Paraguay dulden werde. Dieser Standpunkt Argentinien ist den beiden kriegführenden Regierungen offiziell mitgeteilt worden. Die diplomatische Formel Irigoyens vertritt nur die Tatsache, daß Argentinien die aktive Einmischung in den Krieg anfündigt. Wenn das geschieht, wird auch Brasilien unmittelbar in den Strudel des Krieges hineingezogen.

Wie jetzt bekannt wird, haben die Vereinigten Staaten während der letzten Jahre Bolivien 4 Anleihen im Gesamtbetrag von 63 Millionen Dollars gegeben, die angeblich für zivile Zwecke vorwandt werden sollten, in Wirklichkeit jedoch der Ausrüstung Bolivien im Interesse der amerikanischen Petroleumfirmen dienen. Diese Tatsache kennzeichnet den wahren Hintergrund und den wahren Zweck des Krieges zwischen Bolivien und Paraguay. Beide kriegführenden Länder sind ungefähr dreimal so groß wie Deutschland, ihre Bevölkerungsdichte ist jedoch sehr gering. In Bolivien kommen etwa 2, in Paraguay 1 1/2 Einwohner auf den Quadratkilometer. Die Bevölkerungszahl Bolivien beträgt 2,9 Millionen (davon 250 000 Indianer), die von Paraguay 800 000 (davon 100 000 Indianer).

In beiden Ländern ist die chauvinistische Stimmung bis zur Siebeshöhe hochgetrieben. Auch die bekannte lügenhafte Kriegsberichterstattung steht in voller Blüte. Der offizielle Bericht des bolivianischen Kriegsministeriums behauptet, daß bei der Eroberung des Forts Boqueron 100 Paraguayer getötet worden seien. Das paraguayische Kriegsministerium teilt dagegen mit, daß die Besatzung des Forts nur 13 Mann stark war.

Nach Meldungen der Pariser Presse hat Irland die Absicht, den Völkerbundrat zu einer außerordentlichen Sitzung nach Paris einzuberufen. Der Völkerbundrat hat jedoch weder

England finanziert reaktionäre Aufstände in Afghanistan

London, 18. Dez. (Eig. Drahtmeldung.)

Der von englischen Agenten inszenierte Aufstand mehrerer afghanistischer Stämme gegen Amanullah hat eine ernste Wendung genommen. Die Kämpfe, die an der indisch-afghanistischen Grenze begannen, werden jetzt in unmittelbarer Nähe der Hauptstadt Kabul ausgefochten. Ein Teil der Regierungstruppen meutert, so daß die Lage sehr bedrohlich ist. Amanullah und die Königin sind in ein stark besetztes Fort geflüchtet.

Es bedarf keiner Befassung, daß die reformerische Politik des Königs und die Absicht seiner Frau, den Schleier abzuschaffen, nicht die Hauptursachen des reaktionären Aufstandes sind. Lange haben die imperialistischen Politiker Englands versucht, Amanullah zu ihrem Verbündeten zu machen, da Afghanistan ein wichtiges strategisches Aufmarschgebiet gegen die benachbarte Sowjetunion ist. Amanullah aber zog es vor, nicht zum Bann der britischen Finanzkapital zu werden, sondern schloß mit der Sowjetunion, wie auch mit Persien Neutralitätsverträge ab. Das zog ihm den Zorn der Baldwinregierung zu, die vor keinem Mittel zurückbleibt, um zur Herrschaft über Afghanistan zu kommen.

Die Kraft, nach den Willen, den Konflikt auf friedlichem Wege zu lösen.

Das Gebiet, dessenwegen der Konflikt ausgebrochen ist, birgt, wie die geologischen Untersuchungen in der letzten Zeit gezeigt haben, reichliche Petroleumquellen. Bisher gab es zwischen Bolivien und Paraguay in diesem von dichtem Urwald bedeckten Gebiet praktisch keine endgültige Grenze. In dem



Augenblick aber, wo die amerikanischen Petroleumfirmen in dem umstrittenen Gebiet Öl wittern und der Dollarimperialismus eine verstärkte Expansionspolitik aufzunehmen beginnt, provoziert Bolivien im Auftrag Amerikas den Krieg, der um so bedeutsamer ist, als sich hinter diesem Urwaldkrieg deutlich die Umrisse der sich immer mehr zuspitzenden englisch-amerikanischen Gegenläufe abzeichnen.

Von Genf bis Lugano

Bankrott des Locarno-Kurses

Nun ist das Ergebnis der Verhandlungen in Lugano der Öffentlichkeit mitgeteilt worden. Das Ergebnis ist ein Kommuniqué, in dem über Frieden, Verständigung, über gegenseitiges Vertrauen und über die freundschaftlichen Beziehungen zwischen den Herren Chamberlain, Briand und Stresemann gesprochen wird. Ueber Rheinandrängung, über Herabsetzung der Reparationssumme, über Befestigung der jährlichen Reparationszahlungen, über Abrüstung — nichts! Keine einzige Forderung der deutschen Bourgeoisie wurde bemerkt. Keine einzige Forderung des französischen Imperialismus wurde fallen gelassen oder überhaupt gemildert.

Die Genfer Völkerbundtagung im Herbst endete mit einer glatten Niederlage der Außenpolitik Stresemanns, mit einer Niederlage der Außenpolitik der Koalitionsregierung. Damals verteidigte nicht nur die koalitionsfreundliche Bourgeoisie, sondern selbst Graf Westarp, Hermann Müller damit, daß er die Ohrensteine in Genf im Dienste der nationalen Sache hinabstößt. Lugano bestätigt aufs neue den Bankrott des Locarno-Kurses, und wenn auch diesmal die Sprache eine höflichere war, wenn auch Briand und Stresemann nicht mit denselben Grobheiten traktierte wie Hermann Müller vor drei Monaten, so haben doch die maßgebenden Kreise der deutschen Bourgeoisie begriffen, daß der Ausbruch der Lugano-Tagung in noch eindeutigerer Weise diesen Bankrott des Locarno-Kurses bestätigt, als es in Genf der Fall war.

Die Presse der Bourgeoisie, auch die der Koalitionsparteien stellt fest, daß Stresemann persönlich und die Locarno-Politik sachlich abgewirtschaftet haben. Das große Unternehmerrisiko, das seit einiger Zeit gleichsam als Barometer der Stimmungen und Strömungen der deutschen Bourgeoisie gilt, die Kölnische Zeitung, spricht ziemlich offen vom Rücktritt Stresemanns, der in absehbarer Zeit erfolgen könnte. Wie denkt man in England und in Frankreich sich die Zukunft, wenn Stresemanns Kräfte über dem unzulässigen Objekt erlahmt und keine vermittelnde Persönlichkeit von der politischen Wirklichkeit verschwindet, weil er die innere Sicherheit zum Ziel zu gelangen verlor, und aus dem gleichen Grunde die Kräfte zum Teil

Die Textilbarone planen die Ausperrung trotz Verbindlichkeitserklärung

Der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Wiffel hat bekanntlich, dem Beschlusse des Gesamtkabinetts vom vergangenen Freitag folgend, den Schiedspruch des schweizerischen Landesrichters Haas für das reiffächische Tarifgebiet in der Textilindustrie für verbindlich erklärt. Damit sollten die Hungerlöhne der Textilarbeiter bis zum April 1930 tarifrechtlich legalisiert werden. Diese Abwägung des Lohnkampfes hat bei der Arbeiterschaft der Textilindustrie helle Empörung ausgelöst. Die Gauleitung des Textilarbeiterverbandes hat diese Verbindlichkeitserklärung begünstigt, indem sie trotz des tariflosen Zustandes die Arbeiterschaft in den Betrieben sich und alles getan hat, um die Kampfaufnahme für die ausgestellten Forderungen zu verhindern.

Nachdem nun die Verbindlichkeitserklärung erfolgt ist, beginnt man wie aus einer Mitteilung der Gauleitung des DTB an die sozialdemokratische Presse hervorgeht, Ende dieser Woche eine Funktionärskonferenz einzuberufen, die zur Lage Stellung nehmen soll.

Gleichzeitig teilt der linkssozialdemokratische Landtagsabgeordnete Georg Graupe, Gauleiter des Textilarbeiterverbandes, mit, daß auch die Textilbarone morgen Mittwoch den 19. Dezember in Chemnitz eine Generalsversammlung abhalten. Diese Tagung soll die Klärung der Arbeiterfrage beschließen. Entsprechend dieser Mitteilung den Tatsachen, vermitteln die Textilbarone ihre Absicht, tritt das ein, was wir bereits vorausgelagt haben: Die Textilarbeiter wollen nach dem Vorbilde und im Auftrage der Trübsalherren an der Ruhr der Arbeiterschaft der Textilindustrie reflexlos ihren Willen aufzwingen und den alten Tarifvertrag auf weitere 2 Jahre, bis zum Dezember 1930 zu verlängern.

Inzwischen hat die bekannte Leipziger Textilfabrik Tittel & Krüger nach einer Meldung unseres Leipziger Brudersblattes ihrer Belegschaft bereits gekündigt. Diese Maßnahme ist ohne Zweifel im Zusammenhang mit dem bevorstehenden Ausperrungsbeschlusse der morgen tagenden Unternehmerkonferenz geschehen.

Aufgabe der Textilarbeiter ist es jetzt, den Angriff der Unternehmer mit entschlossenen Gegenmaßnahmen zu beantworten und den Kampf zur Durchsetzung ihrer Forderung aufzunehmen.

geht, die er von den Sozialdemokraten bis zu den einseitigen Deutschnationalen im Reichstag wie im Volk bisher befragt?

In Berliner Tageblatt wirkt Theodor Wolff, der bekannte Commis voyageur des Locarno-Paktes, die Frage auf, ob es nicht besser wäre, sich höflich zurückziehen und nicht mehr zu verhandeln, von vornherein zur Ausschließlichkeit verurteilten Verhandlungen zu gehen. Nicht um den Locarno-Pakt abzuwenden, sagt Theodor Wolff, sondern um den Locarno-Pakt zu läshen, der mißhandelt und verhandelt wird. Wahrlich, ein tragikomischer Vorschlag! Wahrlich ein tragikomischer Schand des Locarno-Paktes, der darin besteht, daß man, um ihn vor Mißhandlungen und Verhandlungen zu bewahren, vor jeder Berührung mit der Wirklichkeit schließt.

Womit endete Genf? Mit der Niederlage der deutschen Imperialisten und ihrer sozialimperialistischen Agenten in der Abrüstungsfrage, in der Frage der Rheinandrängung und in der Reparationsfrage. Mit großen Hoffnungen fuhr Hermann Müller nach Genf, um dort einen Erfolg der Koalitionsregierung zu erringen. Mit großen Hoffnungen und mit dem Segen der Bourgeoisie! Mit getrübbten Hoffnungen kam er zurück. In der Abrüstungsfrage wurde nicht einmal ein Termin für die Abrüstungskonferenz festgelegt. Die Abrüstung wird weiter subotiert. Die internationalen Rüstungen werden weiter fleißig hergestellt, aber der deutsche Imperialismus erhielt keine höhere Quote in den gesetzlich erlaubten Rüstungsmöglichkeiten. In der Räumungsfrage hat Deutschland zwar nichts erreicht, aber nichts verloren. Die Räumungsfrage wurde, wenn nicht formell, so doch inhaltlich mit der Reparationsfrage verflochten. Wo einigiger Erfolg vries die Sozialdemokratie und die locarno-freundliche bürgerliche Presse die Tatsache, daß man die Reparationsverhandlungen in Ruhe gebracht habe und daß über die Räumung weiter verhandelt werde. Jetzt nach Schluß der Verhandlungen in Lugano muß die bürgerliche Presse feststellen, daß selbst dieser locarno-Pakt Erfolg nur eine leere Illusion war. Lugano hat weder in der Räumungsfrage, noch in der Reparationsfrage irgendeine Konzession für Deutschland mit sich gebracht. Im Gegenteil. Den deutschen Forderungen und

Genosse Herzfeld 75 Jahre

Ein Anwalt des revolutionären Proletariats

Am 18. Dezember 1928 vollendet Genosse Rechtsanwalt Dr. Joseph Herzfeld sein 75. Lebensjahr. Genosse Herzfeld fand von seiner frühesten Jugend an im Kampf der Arbeiterklasse, selbst ein Sohn der Arbeitertätigkeit, zu deren Anwalt er sich emporarbeitete. Kein goldener Schlüssel des väterlichen Gelds öffnete ihm die Tore des Wissens, deren Waffen er in den Dienst der kämpfenden Arbeiterklasse stellte.

Nach unter dem Wüten des Sozialistengehekes schloß sich Herzfeld der verfolgten und verlebten Sozialdemokratie an, ihr mit allen Kräften gegen die Bismarckische Polizeivillwärderei helfend. Als Jurist gelang es ihm, das Junker- und Bourgeoisdeutschland mit seinen eigenen Waffen zu schlagen, wie folgende Episode zeigt:

Im Jahre 1888 war Genosse Herzfeld als Gerichtsarreferent mit der Führung des Protokolls in einem Prozeß gegen die Sozialdemokraten aus Adlershof und Köpenick betraut, denen ein gemeinsamer Ausflug als verbotene Verammlung ausgesetzt wurde. Das von Herzfeld in der Verhandlung angefertigte Protokoll wurde von dem vorstehenden Richter zertrümmert, weil es keine Handhaben zur Verurteilung der Angeklagten bot.

In dem Prozeß gegen den sozialdemokratischen Parteivorstand war Herzfeld Verteidiger von Singer, Sebel und Auer.

Im Jahre 1898 schickte die Sozialdemokratische Partei Herzfeld als Vertreter für den Wahlkreis Mecklenburg in den Reichstag, dem er bis 1924 mit geringer Unterbrechung angehörte.

Als im August 1914 die SPD mit wehenden Fahnen in das Lager des Kriegserbirechens des imperialistischen Deutschland ging, wählte Herzfeld als einer von wenigen, wo sein Platz als revolutionärer Sozialist ist. Schon bei der ersten Kriegserbirechensbewilligung des Reichstages, in den Augusttagen 1914, brach er um der höheren Pflicht willen die Disziplin der für die Arbeit eintretenden sozialdemokratischen Reichstagsfraktion und enthielt sich der Stimme.

Als die Kriegspolitik der offiziellen Parteiführung die Sozialdemokratische Partei spaltete, stand Herzfeld bei der USPD und arbeitete während des Krieges auf das engste mit der Spartakusgruppe, mit Liebknecht, Luxemburg, Rehring, Eichhorn, Däumig und anderen zusammen. Er nahm als revolutionärer Kämpfer gegen den imperialistischen Krieg an der internationalen Konferenz im Zimmerwald teil.

Als Anwalt der in dieser schweren Zeit in die Klauen der Militär- und Klassenjustiz gefallenen Revolutionäre hand er in vorderster Reihe. So war er u. a. der Verteidiger Ledebours in dessen Prozeß; und als Roske 1918 die Periode des weißen Schreckens in Deutschland eingeleitet hatte, hand Herzfeld in zahlreichen Prozessen an der Seite der angeklagten Proletarier, die er mit Erfolg verteidigte.

Der kommunistischen Partei gehört Genosse Herzfeld seit der Spaltung der USPD an. Er ist eines ihrer ältesten Mitglieder. Auf Antrag der kommunistischen Reichstagsfraktion wurde er im Juli 1928 vom Reichstag als Beisitzer im Staatsgerichtshof gewählt.

Als heute steht der Genosse Herzfeld noch immer in der ersten Front der Verteidigung revolutionärer Proletarier gegen die Klassenjustiz. Aus den großen Prozessen der letzten Jahre, in denen Herzfeld als Verteidiger wirkte, seien nur der Thetens, Seifhardt, und der Zentrals-Prozeß genannt.

Aber nicht nur in Deutschland wirkte Herzfeld für die Verteidigung der Opfer der bürgerlichen Klassenjustiz. Er wirkte als Verteidiger der Roten Hilfe in dem großen finnländischen Prozeß in Abo im Sommer dieses Jahres, in dem u. a. auch der Genosse Taimi verurteilt wurde wegen Teilnahme an der Revolutionärsregierung von 1919, die durch die Baltikamer vertrieben wurde. Im September und Oktober dieses Jahres war Herzfeld im Auftrag der Roten Hilfe Verteidiger in dem großen Klauenburger Prozeß, der einzige ausländische Verteidiger, der zu diesem Prozeß zugelassen wurde.

Was wir, was die revolutionäre Arbeiterklasse dem Genossen Herzfeld an seinem 75. Geburtstag wünschen? Daß er noch viele Jahre als Kämpfer gegen die bürgerliche Klassenjustiz, als Anwalt des revolutionären Proletariats in aller Frische wirken kann.



offen Streitfragen eine geistige englisch-französische Front gegenüber. Frankreich verlangt unter dem Namen des Comité consultatif (Beistellungs-Komitee) eine Dauerkontrolle über das Rheinland und wird dabei vom englischen Imperialismus unterstützt. Die Kölnische Zeitung formuliert ganz richtig:

Das ist der Standpunkt, den Briand jetzt in Lugano verfolgt. Was mit Lloyd George und Wilson 1919 nicht erreicht wurde, soll 1928 mit Baldwin und Chamberlain erreicht werden. ... Verlaßes soll halt abgehaut zehn Jahre nach dem Diktat durch ein Heberverlaßes gesichert werden.

Was die locarnofreundliche bürgerliche Presse jetzt einzufluchen muß, was nur noch die Sozialdemokratie vor der Arbeiterfront zu verweigern mag; der Kontrast der Locarnopolitik ist für uns keine Ueberrückung. Wir stellen wiederholt fest, daß der Damespakt das Mittel des Westimperialismus ist, um Deutschlands Abhängigkeit zu sichern, und daß man deshalb nicht freiwillig diese Waffe aus der Hand geben wird. Mit vollem Recht hat jetzt, nach Lugano, die „Zowetaja“ darauf hingewiesen, daß die Voraussetzungen der Sowjetpresse über die Folgen der Westorientierung Deutschlands sich vollumfänglich bestätigt haben. Aus einem wertvollen Subjekt der internationalen Beziehungen wird Deutschland mit Hilfe der Westorientierung in ein Objekt des englisch-französischen Imperialismus verwandelt.

Das Neue an der jetzigen Situation im Verhältnis zur Zeit der Unterzeichnung des Locarnopaktes ist die veränderte Stellung des französischen Imperialismus. Der Damespakt und der Locarnopakt bedeuten insofern eine Schwäche der französischen Bourgeoisie, als sie auf die Pläne der Militaristen und Poincaré auf Dauerbeziehung des Ruhrgebiets usw. verzichtet mußte. Heute ist der französische Imperialismus erkrankt. England muß angesichts des verschärften, weltumspannenden Gegenkampfes zwischen England und den USA in den Fragen der deutsch-französischen Interessengegenstände viel größere Konzessionen gewähren als bisher. Damit werden die Aussichten auf eine Erfüllung der Wünsche der deutschen Bourgeoisie in der Räumungsfrage und in den Fragen der legalen militärischen Aufrüstung Deutschlands solange immer schlechter werden, bis die deutsche Bourgeoisie nicht vorbehaltlos in die Kriegsvorderfront gegen die Sowjetunion einmündet. Und dieser verstärkte Druck auf Deutschland kam in dem von der Kölnischen Zeitung enthielten Kriegsangebot Chamberlains an Stresemann in harter Form zum Ausdruck.

Der Ausweg? Die Kölnische Zeitung versucht mit dem Bolshewikentum die Ententemächte zur Nachgiebigkeit zu gewinnen. Wie aber, wenn durch die Unfähigkeit Westeuropas nicht nur Rußland nicht wieder in den allgemeinen europäischen Wirtschaftskreislauf hineingezogen wird, sondern noch ein anderes Kleingebiet, Deutschland eines Tages auslöset, zusammengebrochen durch die Unvernunft seiner Gläubiger, jechlich zertrümmert, ein schlapper Körper, gerade dazu noch fähig, den Spaltspitz des Bolshewismus oder seines Gegenpols des Faschismus, aufzunehmen? Und weiter: „An allen Eden Rostan! Stresemann denkt heute sicher daran (!), aber auch Briand und Chamberlain sollten vor dieser Gefahr den Kopf nicht in den Sand stecken!“

Solche Ausführungen der bürgerlichen Imperialisten zur Genüge die Krisis der deutschen Außenpolitik, in die sie inmitten der sich verärfendenden, zunehmenden äußeren und inneren Widersprüche des Kapitalismus hineingeraten ist. Während die Kölnische Zeitung die Ententemächte mit dem Schredgespenst eines deutschen Bolshewismus, wahrscheinlich ohne sich selbst viel Hoffnung zu machen, beeinträchtigen will, geben andere Organe der deutschen Bourgeoisie die Locarnopolitik, die heute als eine Lugano-Operette zum Ausdruck kommt, noch offener zu, und stellen die Frage nach der Verwertung des Locarnopaktes. Das war in einer gewissen Beziehung schon der Sinn der Zentrumsangriffe auf Stresemann, die seinen Rücktritt forderten. Angriffe, hinter denen der jetzt zum Parteivorstand gewählte Prälat Kaas stand. Und jetzt nach Lugano stellt im Hannoverschen Kurier vom 16. Dezember, einem Organ der Deutschen Volkspartei, Dr. Ernst Brauweiler offen die Frage, ob angesichts der gemeinsamen einheitlich französisch-englischen Front, mit der künftig auf lange Zeit zu rechnen ist, die deutsche Außenpolitik nicht neue Wege einschlagen muß. „So ist eine Lage entstanden, die neue Auslegungen, neue Einstellungen und wahrscheinlich auch neue Wege erfordert. Nichts wäre falscher, als in veränderten Verhältnissen an einem alten Faden zu spinnen, der offenbar zu Ende gewickelt ist.“

Dieser Vertreter des Standpunktes breiter Großunternehmerkreise jagt also ganz klar, daß die betrügerischen Locarnopolitionen zertrümmert wurden.

Und die Lösung? „Wenn wir auf die bisherige Weise nicht weiterkommen, dann wird sich fragen, ob es nicht vorzuziehen ist, zunächst einmal abzuwarten und eine Pause in unserer eigenen Aktivität einzutreten zu lassen.“

Mit dieser Lösung ist die Deutsche Volkspartei bei dem Reichstag Theodor Wolffs gelangt, den Locarnogeist in Spiritus aufzubewahren und mit einem Aushängeschild: „Das Verühren des Gegenlandes ist nicht gestattet“ zu versehen.

Nach der Genjer Wählerbündelung schreiben wir: „Genf hat gezeigt, daß die deutsche Bourgeoisie trotz aller Niederlagen nicht daran denkt, den Locarnopakt aufzugeben.“ Das bürgerlich-sozialdemokratische Echo zu Lugano bestätigt diese Feststellung. Auch in den internationalen Beziehungen der Staaten steht die Front Klasse gegen Klasse! Und deshalb ist die deutsche Bour-

Protest Sachsens gegen Befehung des Reichsbahnrats

Die sächsische Regierung hat vor dem Staatsgerichtshof eine Klage gegen das Reich eingebracht, in der sie für die auf das Reich übergegangenen sächsischen Staatsbahnen eine Abfindung fordert. Sachsen verlangt eine Abfindung in Höhe von 24 Milliarden Mark, von der die vom Reich übernommenen schwebenden und hunderterten Schulden abzuziehen sind, so daß als Restausgeld über ungedeckte Abfindung ein Betrag von 805 Millionen Mark übrig bleibt. Sachsen fordert darüber hinaus die Aufwertung dieses Restausgeldes, das in 30 Jahren zu einem Zinsfuß von 4 1/2 Prozent vom Reiches getilgt werden soll. Die Einbringung der Klage Sachsens beim Staatsgerichtshof ist die unmittelbare Antwort des Landes auf die Befehung der freigewordenen Verwaltungsratsstellen der Reichsbahn durch die Reichsregierung, die ohne Befragung der Länder kurz vor der bereits anberaumten Entscheidung des Staatsgerichtshofes vorgenommen worden ist. Der sächsische Gesandte in Berlin hat in der Reichskanzlei gegen diese Ernennung der neuen Mitglieder des Reichsbahn-Verwaltungsrates mündlich Einspruch erhoben und einen schriftlichen Protest angekündigt.

Die Haltung der Reichsregierung in der Frage der Postenbefehung des Reichsbahn-Verwaltungsrates ist eine unerhörte Prästörung der einmütigen Forderungen des Sächsischen Landtages auf stärkere Beachtung der sächsischen Verkehrsbedürfnisse. Da jedoch in Sachsen hauptsächlich die Verbindung der großen Linien mit den Arbeiterwohnortsgemeinden gefordert wird, die sich um die Groß- und Industriestädte gruppieren, sabotiert die Damespakt- und die Koalitionsernennung sanktioniert die unverfälschte Methode der Nichtbeachtung.

Oppositionsieg im DBVW Essen

Essen-Vorbeck, 18. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Bei der am Sonntag stattgefundenen Ortsverwaltungswahl des Bergarbeiterverbandes erzielte die Opposition die überwiegende Mehrheit. Der 1. Vorsitzende, 2 Kartelldelegierte, ein Revisor und der Jugendobmann fielen der Opposition zu. Im vergangenen Jahre konnte die Opposition nicht einmal eine eigene Liste aufstellen. Der bisherige reformistische Zahlstellenleiter hatte die Funktion bereits seit 19 Jahren inne.

Tariffündigung in der obereschleffischen Eisenindustrie

In diesen Tagen werden die an dem Tarifvertrag für die obereschleffische Eisenindustrie beteiligten Metallarbeitergewerkschaften sowohl das Arbeitszeitabkommen als auch das Lohnabkommen kündigen. Dieser Beschluß ist gemeinsam von den Gewerkschaften aller Richtungen gefaßt worden. Eine Einigung auf die Forderungen, die an die Unternehmer gestellt werden, ist erlosch. Bezüglich der Arbeitszeit richtete sich die Forderung auf die Einführung der Achtstundenschicht.

Ueberall Demonstrationen betrogener Arbeiter

Wanne-Eidel, 18. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) In Wanne-Eidel fand eine massenhafte Kundgebung der Erwerbslosen für eine Weihnachts- und Winterbeihilfe statt. Aus der Mitte der Versammlung wurde der Antrag gestellt, im Anschluß an die Kundgebung vor das Rathaus zu gehen. Dieser Beschluß wurde ausgeführt, obwohl der Oberbürgermeister eine Unmenge Polizei zum Schutze des Rathauses aufgeboden hatte. Etwa 1400 Demonstranten durchzogen den Polizeifordon und zogen vor das Rathaus. Die Demonstranten haben dem Oberbürgermeister angekündigt, am 1. Weihnachtsfeiertag eine zweite Demonstration anzusetzen.

„Warmer“ Empfang für Hoover

Neuport, 18. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Bei der Ankunft Hoovers in Montevideo ist es zu einem Zwischenfall gekommen. Auf dem Wege von den Docks zu seinem Hotel, den er im offenen Wagen von Kavallerie eskortiert zurücklegte, wurde er von einzelnen Zuschauern mit Pfeifen und Rufen, wie „hoch Sandino! hoch Maratagua!“ empfangen. Es entwickelte sich eine Schlägerei. Die Menge durchbrach die Polizeikette und überstürzte einen großen Wagen, den der Wagen überqueren mußte. Eine Kavallerieabteilung wurde in aller Eile herangezogen und „läuberte den Platz“. Erst dann konnte Hoover die Weiterfahrt fortsetzen. Sein Hotel steht unter harter militärischer Bewachung.

Protest Sachsens gegen Befehung des Reichsbahnrats

Die sächsische Regierung hat vor dem Staatsgerichtshof eine Klage gegen das Reich eingebracht, in der sie für die auf das Reich übergegangenen sächsischen Staatsbahnen eine Abfindung fordert. Sachsen verlangt eine Abfindung in Höhe von 24 Milliarden Mark, von der die vom Reich übernommenen schwebenden und hunderterten Schulden abzuziehen sind, so daß als Restausgeld über ungedeckte Abfindung ein Betrag von 805 Millionen Mark übrig bleibt. Sachsen fordert darüber hinaus die Aufwertung dieses Restausgeldes, das in 30 Jahren zu einem Zinsfuß von 4 1/2 Prozent vom Reiches getilgt werden soll. Die Einbringung der Klage Sachsens beim Staatsgerichtshof ist die unmittelbare Antwort des Landes auf die Befehung der freigewordenen Verwaltungsratsstellen der Reichsbahn durch die Reichsregierung, die ohne Befragung der Länder kurz vor der bereits anberaumten Entscheidung des Staatsgerichtshofes vorgenommen worden ist. Der sächsische Gesandte in Berlin hat in der Reichskanzlei gegen diese Ernennung der neuen Mitglieder des Reichsbahn-Verwaltungsrates mündlich Einspruch erhoben und einen schriftlichen Protest angekündigt.

Die Haltung der Reichsregierung in der Frage der Postenbefehung des Reichsbahn-Verwaltungsrates ist eine unerhörte Prästörung der einmütigen Forderungen des Sächsischen Landtages auf stärkere Beachtung der sächsischen Verkehrsbedürfnisse. Da jedoch in Sachsen hauptsächlich die Verbindung der großen Linien mit den Arbeiterwohnortsgemeinden gefordert wird, die sich um die Groß- und Industriestädte gruppieren, sabotiert die Damespakt- und die Koalitionsernennung sanktioniert die unverfälschte Methode der Nichtbeachtung.

Verzweiflungstat des Eingesperrten

Zwei Zuchthauswachtmeister von einem Raubmörder niedergelassen. II. Jüterburg. Der zu lebenslänglichen Zuchthaus verurteilte Raubmörder Berneder erhielt Montag vormittag im Jüterburger Zuchthaus den Besuch eines Verwandten. Als der Oberwachtmeister Johanna den Besucher zu Berneder in die Zelle ließ, hatte Berneder plötzlich einen Revolver in der Hand und gab auf den Oberwachtmeister einen Schuß ab, der diesen tötete. Der hinzukommende Wachtmeister Raufoß erhielt ebenfalls einen Schuß in den Kopf und mußte schwer verletzt ins Krankenhaus gebracht werden.

Das Feuer auf der Beche Diergardt schwelt weiter

Das ganze Revier neuerdings gesperzt. II. Rheinhausen. Nach den letzten Feststellungen der Werkbehörde schwelt das am 11. Dezember ausgebrochene Feuer auf Schacht „Karl Theodor“ immer noch weiter. Da trotz der starken Abdämmung der unteren und oberen Sohle durch zwei Dämme ein Durchdringen des Gases noch zu befürchten ist, wurde das ganze Revier neuerdings wieder gesperzt.

Aus der Partei

Brandler und Thalheimer. Die Zentrale Kontrollkommission der KPD ist an Brandler und Thalheimer die Aufforderung gerichtet, sich in kürzester Frist in Moskau einzufinden, um sich vor dem Parteikollegium der ZK der KPD über ihr disziplinwidriges Verhalten zu verantworten. Als äußerster Termin des Eintreffens in Moskau wurde der 21. Dezember festgesetzt.

Berfahren gegen Galm-Hausen

Das Untersuchungsverfahren vor der besonderen Kommission der Komintern in Sachen Galm-Hausen ist abgeschlossen und der Beschluß, der in einer Reihe von Bedingungen besteht, die an die beiden betreffenden Genossen gerichtet werden, wird in den nächsten Tagen dem Präsidium des ERK zur Bestätigung vorgelegt. Galm und Hausen, die bei den Kommissionsberatungen in Moskau vernommen wurden, sind nach Deutschland zurückgekehrt und werden sich nach Bestätigung des Beschlusses der Kommission durch das ERK zu dem vom ERK gestellten Bedingungen zu äußern haben.

Rebellion der Zentrumsarbeiter

Essen. In einer von 300 Arbeiterdelegierten besetzten Vertrauensmannerkonferenz der westdeutschen Arbeiterzentrumswähler wurde zu den Vorgängen auf dem Zentrumsparteitag eine Entschlieung angenommen, in der es heißt:

„Sie (die Vertrauensmänner — d. Red.) sind der Ueberzeugung, daß in der Nichtwahl des vom Parteivorstand in Vorschlag gebrachten bewährten Führers der christlichen Arbeiterbewegung, Stegerwald, eine bewußte Zurücksetzung des Arbeiterhandes erblickt werden muß. Bei der heutigen Gesamtstruktur unseres Volks- und Wirtschaftslebens, bei mehr als 70 Prozent Lohn- und Gehaltsempfängern — liegt es im Lebensinteresse der Partei, diesem Umstand Rechnung zu tragen und den Aufstiegsbestrebungen des Arbeiterhandes, die unserem Jahrhundert den Stempel aufdrücken, die notwendige Beachtung zu widmen.“

Die Entschlieung fordert dann die Einziehung von Arbeiterbeiträgen in örtlichem und bezirklichem Maßstab und größere Berücksichtigung der Arbeiter bei den Tagungen der Zentrumsparlei, besonders Erstattung der Fahrkosten für Arbeiterdelegierte.

Der Annahme dieser Entschlieung ging eine scharfe Diskussion voraus. Das Referat hielt Stegerwald, der jedoch vor den Klauer-Kaas-Rückzug vollständig kapituliert. Stegerwald hegte gegen die Beamten, die jedoch ihre Haltung auf dem Kölner Zentrumsparteitag durch Befehungserhöhung aufgetreten ist. Wie Stegerwald mitteilte, waren in Köln insgesamt 488 Delegierte anwesend, davon nur 44 Arbeiter. Ein Bergarbeiter aus Bottrop führte in der Debatte aus:

„Es wäre besser gewesen, wenn im Jahre 1918 die christlichen Arbeiter zusammen mit den sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern die Sache gemacht hätten. Im Vergleich werden die Kämpfer namentlich ausgebeutet. Mit 24,50 Mk. müssen sie Frau und Kinder ernähren und von dem Geld auch noch die Steuern bezahlen.“

Heute Parteiarbeiter-Versammlung von Groß-Dresden, im Bürgergarten, Löblau Lübeder Str. / Referat des Gen. Siegr. Hädel über: Die sozialpolitische Lage und die sozialpolitischen Aufgaben der KPD / Die Auswertung der Ariz-Konferenz

Volkspartei verlangt reaktionäre „Verfassungsreform“

Die Deutsche Volkspartei hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, der eine Änderung der Artikel 54 und 55 der Reichsverfassung bezweckt.

Danach soll dem Kabinett bei Beginn seiner Amtsführung und jeder Wahlperiode das Vertrauen durch Mehrheitsbeschluß des Reichstages angedrungen werden. Zweidrittelmehrheit wird gefordert, wenn dem Kabinett oder einem Minister das Vertrauen wieder entzogen werden soll. Nur in Verbindung mit der Schlußabstimmung zum Etat soll einfache Mehrheit für das Mißtrauensvotum genügen. Ferner soll der Reichstag ohne Zustimmung des Kabinetts und des Reichsrates die Ausgaben des Etats nicht erhöhen können. Wenn die Steuer- und Zolleingänge nach den Ergebnissen eines Biersteuergesetzes den Voranschlag um mehr als 10 Prozent übersteigen, sollen die Mehreingänge bis zu 10 Prozent zur Verminderung des Anleihebedarfs oder zur Schuldentilgung verwendet werden, der Rest zur Steuererleichterung im nächsten Etatsjahr. Diese Grundzüge sollen sinngemäß auch bei den Ländern und Gemeinden durchgeführt werden.

Die Presse der Deutschen Volkspartei bezeichnet diesen Antrag als einen Schritt zur „Stabilisierung“ der Regierung, Stabilisierung, sowohl! Stabilisierung der Ausbeuterdiktatur durch eine weitere Einschränkung der noch bestehenden parlamentarischen Scheinverträge. Das ist der Sinn der völksparteilichen Verfassungsreform.

Nach dem Ausgang der Aussperrung im Ruhrgebiet stellen wir an dieser Stelle die Krise der bürgerlichen Demokratie und die Krise des Parlamentarismus fest. Wir sagen, daß der Staat der Trübsal, der Sonderrechte, der Monopole bei jenem Kurs auf verschärfte Ausbeutung, auf imperialistische Kriegsvorbereitungen, auf dem Wege zur nackten reaktionären, außerparlamentarischen Diktatur fortschreiten muß. Wir stellen fest, daß der bisherige Mechanismus der bürgerlichen Demokratie dem deutschen Imperialismus zur Durchführung seines Programms in einer Reihe von Fällen nicht mehr genügt.

Der Antrag der Deutschen Volkspartei ist wieder eine schlagende Bestätigung der Thesen der Kommunistischen Internationale über die wachsende fortschreitende Krise der bürgerlichen Demokratie und des Parlamentarismus.

Was würde die konkrete Anwendung des Antrages bedeuten? Kommt eine Regierung zustande, die das Vertrauensvotum der Mehrheit des Reichstages bekommt, und lassen sich Gruppen dieser Mehrheit unter dem Druck ihrer Wähler nachträglich gezwungen, gegen die Regierung zu stimmen, so ändert dies an dem Bestehen der Regierung nichts. Bei den durchschmittlichen gegenwärtigen parlamentarischen Kräfteverhältnissen ist dieser Gelegenheitswunsch insbesondere eine Sicherung der Großen Koalition gegen die Wirkungen einer Arbeiterrebellion in der SPD und im Zentrum.

Die schwerindustrielle DAZ, die den völksparteilichen Antrag begrüßt, läßt die Kasse aus dem Sack springen:

„Der Vorschlag bedeutet in der Praxis eine gewisse Annäherung an das amerikanische Regierungssystem, da er geeignet eine einmal ernannte Reichsregierung auf lange Zeit zu stabilisieren.“

Annäherung an das amerikanische System! Zu deutsch: Annäherung an die amerikanischen Verhältnisse, die eine noch viel schärfer ausgeprägte ungeschichtliche Diktatur der Trustbourgeoisie darstellen. Annäherung an die amerikanischen Verhältnisse wo das Parlament vollends nur die Rolle eines Marionettentheaters spielt und die parlamentarische Maschinerie der trustkapitalistischen Diktatur von niemand mehr ernst genommen wird.

Der 2. Abzug der Verfassungsreform der Volkspartei steht eine Finanzdiktatur vor. Der Reichstag kann danach keine Erhöhung der im Haushalts vorgesehene Ausgaben ohne Zustimmung der Reichsregierung vornehmen. Eine Sicherung gegen die letzte Maßnahme von der Bewilligung solcher Steuer, die die bestehende Klasse belasten.

Zweifellos plant die Bourgeoisie, nachdem die Finanzdiktatur gegenüber jedem Einspruch des Parlaments gesichert ist, auch eine Erweiterung nach der positiven Seite hin. Die Rüstungsausgaben der Regierung sollen selbst von der bisherigen Scheinkontrolle des Parlaments befreit werden. Dazu kommt noch ein Abzug, der diese Grundzüge auch bei den Ländern, Gemeinden und Gemeindeverbänden angewendet haben sollen. Die letzten Reste der kommunalen Selbstbestimmungsrechte der finanzlosen Wohlgeleiteten der Kommunen auf dem Gebiete der Wirtschaft, Sozialpolitik usw. sollen beseitigt werden.

Der ganze Antrag bedeutet ebenso wie die berühmte „Auslieferung“ gegen die Staatsautorität, die „Gefährlichkeit“ der Stahlhölzer während der Ruhrsperrung, eine weitere Stufe auf dem Wege der Bourgeoisie zur reaktionären, außerparlamentarischen Diktatur, zur Einschränkung und Aufhebung der Rechte der bürgerlichen Demokratie, zu ihrer Durchsetzung mit halbfaschistischen und faschistischen Methoden.

Für uns Kommunisten, für die revolutionäre Arbeiterklasse, bedeuten diese Thesen keine Uebertreibung. Wie steht aber dazu die Sozialdemokratie, die uns herrlichen Zeiten der Demokratie entgegenführt will?

Der Vorwärts vom 15. Dezember berichtet an ganz verstellter Stelle in einer kurzen Notiz über die Thesen, daß die Koalitionspartner der SPD die Weimarer Verfassung kündigen. „Einstweilen nur Material für die Diskussion“ — besagt eine Kleingedruckte, bescheidene Ueberschrift. Und das Kommentar? Man lese:

„Hier wird ein keineswegs glücklicher Versuch unternommen, die Entwicklung des parlamentarischen Systems und der Finanzwirtschaft in harte Formen zu pressen. Er wird auf abschbare Zeit ohne Wirkung bleiben. Und das ist kein Schaden. Denn es kommt weniger darauf an, die Verfassung zu ändern, als darauf, sie vernünftig anzuwenden.“

Das ist alles. Diese mutigen Kämpfer der Demokratie haben zu der Liquidierung der Weimarer Verfassung nichts anderes zu sagen, als daß sie mit schlotternder Angst von einem

Zuspitzung im Zentrum

Seit dem Kölner Parteitag haben sich die Auseinandersetzungen im Zentrumslager immer mehr zuspitzt. Das offene Auftreten Stegerwalds läßt die Zentrumsführer um die Einheit ihrer Partei zittern, die man doch durch den Parteitag eben notwendig geleistet glaubte. Man weiß zwar, die Opposition Stegerwalds bedeutet keinesfalls eine Kampfanlage gegen den arbeitserfreundlichen im Zentrum diktierenden industriellen Flügel. Aber man fürchtet, daß durch Stegerwalds Opposition, durch die er sich stärksten Einfluß in der Zentrumsführung sichern will, die Gegensätze zwischen dem Unternehmer- und Arbeiter-Flügel immer mehr aufgerollt und vertieft werden. Deshalb trägt auch die gesamte Zentrumspresse seit Tagen das immer wiederkehrende Geheiß „Eid eines — dient dem Frieden“ um und mahnt Stegerwald, im Interesse der Einheit der Partei, seinen Kampf aufzugeben. Der Parteivorstand tut darüber hinaus praktische Schritte, um Stegerwald das Wasser abzugraben. Wir berichten bereits, wie die unter dem besonders starken Einfluß der kirchlichen Zentrumsführer resp. des neuen Parteivorstandes Raas stehenden katholischen Arbeitervereine beschloßen haben, an der Kundgebung der christlichen Gewerkschaften in Eilen nicht teilzunehmen. Das Zentrumorgan, die Kölnische Volkszeitung, begrüßt diese Entscheidung mit folgenden Worten:

„Wir stehen nicht an, diese Erklärung und die Aufforderung, die Ökumenische Versammlung nicht zu besuchen, als eine Tat zu begrüßen. Alle öffentlichen Erörterungen die geeignet sein könnten, die Freunde der Arbeiterschaft an der Mitarbeit am Parteileben zu hemmen, sind unangebracht. Die wahren Freunde der Zentrumspartei wünschen in diesem Augenblick, daß die Ökumenische Kundgebung der Gewerkschaften abgelehnt wird.“

Die Kundgebung dürfte trotzdem stattfinden, wird aber sicher eine sehr mächtige Opposition zeigen.

wenig glücklichen Versuch sprechen und ihrer Hoffnung Ausdruck geben, daß der Plan „auf abschbare Zeit“ nicht zur Durchführung gelangen wird. Kein Wort des Widerstandes. Kein Wort der Ablehnung! Sie kapitulieren vor dem Verfassungskomitee der Deutschen Volkspartei genau so, wie sie vor dem Bundesrat im Ruhrgebiet kapituliert haben. Und das ist kein Wunder. Die Sozialimperialisten wissen, daß der deutsche Imperialismus zur Durchführung seiner Pläne eine verstärkte Diktatur der Staatsgewalt nötig hat. Sie wissen dies und sie patieren von vornherein. Sie werden nicht nur patieren, sie werden der Bourgeoisie helfen, ihre reaktionären Pläne, den Wahlrechtsraub für breite Kategorien, die Durchführung der Finanzdiktatur usw. durchzuführen. Der Kurs auf das KPD-Verbot zeigt die Bereitschaft der SPD, ihre besondere Rolle in der imperialistischen Reaktion, die Niederhaltung und Knechtung der revolutionären Arbeiterklasse mit den Mitteln der Staatsgewalt und der Reichsbanner-Kollkommandos durchzuführen.

Die Krise der bürgerlichen Demokratie steht übrigens in innigem Zusammenhang mit der fortschreitenden Krise der bürgerlichen Parteien. Die Zuspitzung der Klassenkämpfe, die anwachsende Rebellion der christlichen Arbeiter, die Verärgerung, die Unzufriedenheit der wertfähigen Wähler der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei — das alles kündigt die Erstarrung der Massenbasis der bürgerlichen Parteien an. Gerade diese wachsende Abwanderung der wertfähigen Wähler aus dem Lager der bürgerlichen Parteien zwingt die Kapitalistenklasse zur fortschreitenden Verschärfung ihrer außerparlamentarischen Diktatur und Aufhebung der Reste der bürgerlichen Demokratie. Deshalb ist auch die Hoffnung der Reformisten, daß der Antrag der Deutschen Volkspartei nicht ernst gemeint sei, eine betrügerische Illusion und ein bewusster Schwindel.

Der Antrag der Deutschen Volkspartei ist ernst gemeint. Er ist ein Teil der großen Offensive der Kapitalistenklasse gegen die wertfähigen Massen zur Durchführung des Hunger- und Kriegsturmes der Trustherren. Die Antwort der Massen wird die Organisierung der proletarischen Gegenoffensive sein. Gegen die reaktionäre, außerparlamentarische Diktatur der Kriegstrolche revolutionäre, außerparlamentarische Mobilisierung der arbeitenden Massen, revolutionäre Einheitsfront von unten unter der Führung der Kommunistischen Partei!

Wie ernst die Lage im Zentrum selbst von der bürgerlichen Presse beurteilt wird, zeigt ein Artikel der Kölnischen Zeitung, die über die Verhältnisse im Zentrum gut unterrichtet ist. Nachdem sie feststellt, daß diese Krise im Zentrum auf den sozialen und wirtschaftlichen Gegensätzen basiert, weist sie darauf hin, daß die Gegensätze schon so weit gediehen sind, daß man darüber debattiert, für die Wahlen getrennte Zentrumslisten aufzustellen, so vornehmlich eine Liste der Arbeiter und eine solche der übrigen Stände. Im Zusammenhang damit, teilt sie auch interessante Tatsachen bezüglich des Gegenstandes zwischen Stegerwald und den Beamtenführern mit, die vornehmlich seine Wahl als Parteivorstand hintertrieben. Es sei auf dem Parteitag von ihnen erklärt worden, „wenn Stegerwald gewählt würde, so würden alle Beamten aus dem Zentrum austreten; ja, es seien Stimmen laut geworden, in diesem Falle aus der katholischen Kirche auszutreten“. In der Stadt Köln allein seien innerhalb des letzten Jahres 1000 eingetragene Beamte aus der Partei ausgestiegen. Die Geschlossenheit der Partei würde endgültig dahin sein, wenn Stegerwald gewählt würde. Die Kölnische Zeitung meint angesichts dieser Auseinandersetzungen, daß sich das Zentrum „in einem — vielleicht zeitweilig durch Stillstand unterbrochenen, aber im ganzen fortschreitenden Niedergang mehr als die anderen bürgerlichen Parteien befindet.“ (1)

Haltet den Dieb!

Die Kriegshege gegen die Sowjetunion wird von Tag zu Tag verstärkt

Nach den sensationellen Enthüllungen der Kölnischen Zeitung über das Kriegsangebot Chamberlains an Stresemann ist kein Dementi dieser Feststellungen erfolgt. Wohlgernekt, die bürgerliche Presse wagte es nicht, die Richtigkeit der Mitteilungen der Kölnischen Zeitung in Abrede zu stellen. Das Auswärtige Amt schweigt. Die sozialdemokratische Presse, die die Alarmnachrichten in der kommunistischen Presse und in der Sowjetpresse als Abergeschwätz bezeichnete, muß zugeben, daß „das ukrainische Problem einen beunruhigenden Faktor“ bedeutet. Das ukrainische Problem — das ist nichts anderes als der englisch-französische Kriegssplan, der polnisch-rumänische Krieg gegen die Sowjetunion.

Kein Tag vergeht, der nicht einen provokatorischen Behauptung der großen englisch-französischen Regierungspresse gegen die Politik des Arbeiterstaates bringt. Das neueste Dokument, das weit über Frankreich hinaus von den Wertfähigen beachtet werden muß, ist ein Leitartikel des großen französischen Regierungsorgans, des Temps vom 13. Dezember, der sich mit der Rede des Genossen Litwinow auf der Tagung der Zentralkommission der Sowjets beschäftigt. (Die Rede des Genossen Litwinow wurde von uns vor einigen Tagen veröffentlicht. Die Red.) Die Kriegshege gegen die Sowjetunion wird nach der bisherigen Schablone damit begründet, daß die Sowjetregierung eine Politik des Krieges und der Weltrevolution verfolgt und daher eine Gefährdung des Friedens bedeutet. Das ist nichts neues. Neu ist die verstärkte Note der Drohung gegen die Sowjetunion, neu ist die zynische Rechtfertigung der polnisch-rumänischen Kriegsvorbereitungen. Der Temps schreibt:

„Die größte Bedrohung des Friedens in Europa stellt gegenwärtig die Haltung der Sowjetregierung dar, deren Taktik auf der ganzen Linie auf die Vorbereitung der bolschewistischen Revolution und des Bürgerkrieges in der ganzen Welt hinausläuft. Es gibt keine internationale Verschwörung gegen die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, aber alle zivilisierten Länder treffen aus berechtigten Gründen Maßnahmen, um sich gegen die revolutionäre Propaganda der 3. Internationale zu verteidigen, die unter dem Schutze der Sowjetvertretungen entfaltet wird. Die Mächte wollen sich gegen die bolschewistische Infektion schützen. Ihre Haltung gegenüber Sowjetrußland ist durch diese Bestrebungen bestimmt. Solange Moskau auf die Methoden, die die rote Internationale ihm aufzwingt, nicht verzichtet, solange es seinen internationalen Verpflichtungen nicht streng entspricht, kann man zu den Versprechungen der Sowjetregierung kein Vertrauen haben.“

Die Drohung mit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zur Sowjetunion wird hier ganz deutlich ausgesprochen. Und dieser Drohung kommt eine umso größere Bedeutung zu, als sie mit dem Angebot Chamberlains an Stresemann im engsten Zusammenhange steht. Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit der Sowjetunion bedeutet aber nichts anderes als den Kriegszustand!

Die internationale Einheitsfront der Gegenrevolution rückt zum Kriege her mit der internationalen Einheitsfront der revolutionären Kräfte zur Verteidigung der Sowjetunion!

„Was denn Deutschland vom Rätebund zu erwarten habe...“

Eine Frage der Kölnischen Zeitung und die Antwort des deutschen Proletariats

Das Organ der Sowjetregierung, die „Ismestija“, nimmt, wie der Moskauer Berichterstatter der Kölnischen Zeitung vom 12. Dezember berichtet, zu den Enthüllungen der Kölnischen Zeitung über Chamberlains Kriegsangebot an Stresemann Stellung. Mit Recht stellt die „Ismestija“ fest, daß es sich dabei um einen Einzelfall politischer Falschspiele handelt. In der abschließenden Stellungnahme der Kölnischen Zeitung zu Chamberlains Kriegsangebot bemerkt die „Ismestija“ laut dem in der KZ erschienenen Text:

„Wir möchten annehmen, daß die deutschen Politiker in der Lage sind, auf solche falschspielischen englischen Utuden

nicht nur mit Zeitungsausschnitten, sondern auch mit konkreten Handlungen in der Richtung der deutsch-russischen Beziehungen zu antworten.“

Wäre die Kölnische Zeitung an den guten Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion im Interesse des Friedens und nicht im Interesse eines besseren Geschäfts, wäre sie an diesen Beziehungen aufrichtig und vorbehaltlos und nicht mit solchen Vorbehalten interessiert, die eine spätere Zustimmung zu den Kriegsplänen sehr wohl ermöglichen, dann müßte sie den Sinn dieser sowjetrussischen Forderung begreifen. Statt dessen tut die Köln. Zeitung erstaukt, beschuldigt die Sowjetregierung, daß diese die deutsche Politik „raketenfeindlicher Reaktionen“ verdächtigt, und wiederholt die Frage, „was denn Deutschland vom Rätebund zu erwarten habe“. Jetzt müßte die Räteregierung gewisse Vorschläge über die weiteren gegenseitigen Beziehungen machen. Eine weitere großzügige Förderung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland wird von der Kölnischen Zeitung in folgender gewundenen Formulierung abgelehnt:

„Der jetzt von russischer Seite über, so auch heute von der „Ismestija“ befürwortete Gedanke einer russisch-deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit ist leider auch gegenwärtig zu wenig real, um als konkrete Handlung gewertet zu werden.“ (1)

Was denn Deutschland vom Rätebund zu erwarten habe? Auf diese Frage wird nicht die deutsche Bourgeoisie, sondern das deutsche Proletariat die Antwort geben. Das deutsche Proletariat, das in der Sowjetunion das Vaterland aller Wertfähigen erblickt.

Kreuzschießen in Ruano



Chamberlains: Versuchen Sie nur einen Probechuß, Herr Stresemann! Erstes Ziel: Rheinlandräumung!

DRESDEN-STREITEN

Siriosener Musikhaus

Hut-Lötsch

Stich- und Reißfedernhandlung

WIESERS FAHRRADHAUS

Wool, Weiß- und Feinbäderei

Fleischerei u. Wurstwaren

Fleisch- und Wurstwaren

Wilhelm-Brot

Getränke-Industrie

RESTAURANT ERDKUGEL

DRESDEN-STREITEN N

Max Baumgärtel

Feine Fleisch- u. Wurstwaren

Tabak- u. Zigarren-Haus

Schuhhaus Sander

Wohlen, Gustav Richter

Restaurant Deutsche Eiche

Paul Geißler, Pitschmann Nachf.

Striesener Ratskeller

DRESDEN-JOHANNSTADT

Nicolai-Drogerie

Tanzpalast Blumenäle

Zigarrenhaus Emil Starasch

Franz Rödl

ZSCHACHWITZ

Lebensmittelhandlg. Willy Seydler

Restaurant zur Eiche

H. Fleisch- und Wurstwaren

Paul Geißler, Pitschmann Nachf.

DRESDEN-LAUBGAST

Robert Dörfel

DRESDEN REICK

DOBRITZ

DRESDEN LEUBNITZ

J. W. Egner, Weiß- und Holzwaren

Damen- u. Herren-Frisur Franz Neundorf

KREISCHA

KONIGSTEIN

Weiß- und Feinbäderei

Fleisch- und Wurstwaren

Damen-, Herren- und Kinder-Bekleidung

Schuhhaus Emil Sisk

Eisenwaren, Werkzeuge

Fritz Demelt, Friseur

Flora-Drogerie, Photo-Spezialhaus

Hans Sommering, Kolonialwaren

H. Fleisch- und Wurstwaren

Friedrich Günther, Schulst.

Drogen- und Farbenhandlung

Brot, Weiß- und Feinbäderei

Gasthof Bergschöbchen

PIRNAS COPIZ

M. Raabe

Fleisch- und Wurstwaren

Fleisch- und Wurstwaren

Brot, Weiß- und Feinbäderei

Gasthaus Erbgericht

Karl Jernig, Fleischer

Traugott Förster

PIRNAS JESSEN

HEIDENAU

Textil- und Modewarenhaus

Eisenwaren - Werkzeuge

H. Fleisch und Wurstwaren

Modewarenhaus Otto Schmidt

Franz Frode, Bismarckstraße

Möbelhaus Mütze

PAUL KLIMMER

Restaurant „Sur Dörle“

Rupp und Galanteriewaren

Max Merle, Bismarckstraße

Brot, Weiß, Bäderei und Stichel-

Bäckerei Paul Ounus

H. Fleisch und Wurstwaren

H. Fleisch und Wurstwaren

Schmiederei

Strasburger Kutzbaz

Modhaus Ehlig-Ludwig

HEIDENAU-NORD

Hermann Schöne, Luftfahrtr.

Arbeitsleitung - Zeitungen

PAUL GREGOR

Bäckerei und Konditorei

Bücherhandlung

Richard Schreier, Dehnhofstr.

Bücherwaren / Zollette-Writzel

Richard Schreier, Dehnhofstr.

Emil Jähngen

Richard Schreier, Dehnhofstr.

Uhren, Gold- und Silberwaren

Besucht die Kammerlichtspiele

Möbel aller Art

Schneidwaren und Ischerwaren

Fahrräder, Nähmaschinen

PIRNAS JESSEN

Textil- und Modewarenhaus

Eisenwaren - Werkzeuge

H. Fleisch und Wurstwaren

Modewarenhaus Otto Schmidt

Franz Frode, Bismarckstraße

Möbelhaus Mütze

PAUL KLIMMER

Restaurant „Sur Dörle“

Rupp und Galanteriewaren

Max Merle, Bismarckstraße

PAUL GREGOR

Bäckerei und Konditorei

Bücherhandlung

Richard Schreier, Dehnhofstr.

Bücherwaren / Zollette-Writzel

Richard Schreier, Dehnhofstr.

Emil Jähngen

Richard Schreier, Dehnhofstr.

Uhren, Gold- und Silberwaren

Besucht die Kammerlichtspiele

Möbel aller Art

Schneidwaren und Ischerwaren

Fahrräder, Nähmaschinen

PIRNAS JESSEN

MIGENO-Pirna

Hygienisch einwandfreier Milchvertrieb

DAVENTASCHEN

Bäckerei und Konditorei

Bücherhandlung

Richard Schreier, Dehnhofstr.

Bücherwaren / Zollette-Writzel

Richard Schreier, Dehnhofstr.

Uhren, Gold- und Silberwaren

Besucht die Kammerlichtspiele

Möbel aller Art

Schneidwaren und Ischerwaren

Fahrräder, Nähmaschinen

PIRNAS JESSEN

PAUL GREGOR

empfehlen sein reichhaltiges Lager

H. Fleisch- und Wurstwaren

Sebensmittel

Leinen / Baumwollwaren

Besucht die beliebtesten

Astoria-Lichtspiele

Lange Straße 9

Wan- und Möbel-Zichlerei

Zigarren- und Tabakgeschäft

Butter JUTTLER'S

Leder

Marki 5 • Emil Hofmann • Marki 5

Curt Kraemer, Lange Str. 4

Kauf bei den Inserenten!

Zur Lohnbewegung in der Zigarettenindustrie

In der Freitag-Nummer der Arbeiterstimme haben wir in einem Aufsatz auf das unerhörte Verhalten der Leitung des Tabakarbeiterverbandes hingewiesen, die es bewagt verhandeln, den am 31. Dezember ablaufenden Lohnvertrag für die Dresdner Zigarettenindustrie rechtzeitig anzufordern. Die Folge dieser Sabotage der Lohnbewegung wird sich für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Zigarettenindustrie in einer Verlängerung der bestehenden unzureichenden Tariflöhne auf einen weiteren Monat aus. Hinzu aber kommt, daß durch diesen Zustand, genau wie bei früheren Lohnbewegungen die Tarifbewegung der Zigarettenmaschinenführer von dem Lohnkampf aller übrigen in der Zigarettenindustrie Beschäftigten getrennt wird. Den Unternehmern wird durch das Verhalten des Tabakarbeiterverbandes erneut die Gelegenheit gegeben, nach dem Grundgesetz *Devis e impera* die Arbeiterkraft zu spalten. Tatsächlich hat der Metallarbeiterverband den Tarifvertrag der Zigarettenmaschinenführer bereits am 17. November genehmigt und die entsprechenden Forderungen am 12. Dezember eingereicht. Das geschah zu einer Zeit, in der die Leitung des Tabakarbeiterverbandes noch nicht einmal an die Kündigung des Vertrages dachte, und erfolgte ohne Mitteilung an den an der Lohnbewegung im stärksten Maße interessierten Tabakarbeiterverband. Es ist nicht unsere Aufgabe, an dieser Stelle zu untersuchen, wer die Hauptschuldigen an der Verhinderung einer gemeinsamen Lohnbewegung in der Zigarettenindustrie sind. Fest steht eines: Sämtliche am Vertrag beteiligten Organisationen, das sind neben den Metallarbeitern in erster Linie der Tabakarbeiterverband, der Buchbinderverband und der Verkehrsbund, haben ihren Sitz im Volkshaus. Zum mindesten wäre anzunehmen, daß angesichts der Wichtigkeit dieser Lohnbewegung nicht nur eine telephonische, sondern auch eine persönliche Verständigung der verantwortlichen Gewerkschaftsleiter stattgefunden hätte. Das scheint jedoch nicht der Fall zu sein. Und warum geschah es wohl nicht? Warum verfuhr man heute jede Organisation, die Schuld des Nebeneinanderarbeitens, das zur Zersplitterung der Lohnbewegung führte, gegenseitig vorzuwerfen. Die Ursache dafür liegt einfach darin, daß sowohl der Tabakarbeiterverband, als auch der DMB keinerlei Interesse an der Durchführung einer großen, alle Arbeitergruppen umfassenden Lohnbewegung haben.

Es ist eine nicht zu bestreitende Tatsache, daß die Spitzengruppe in der Zigarettenindustrie, die Maschinenführer, von denen bei dem letzten Streit 200 Mann im Kampfe standen, auf Grund ihrer besonderen Stellung viel eher in der Lage sind, den Unternehmern zum Zugeständnisse abzuweichen als das Gros aller übrigen in der Zigarettenindustrie Beschäftigten Arbeiter. Die Zigarettenmaschinenführer stellen also die Elitegruppe dar, und da bei ihnen das Organisationsverhältnis ein außerordentlich gutes ist, glaubt nunmehr die Führung des DMB, auf eigene Faust Lohnpolitische Erfolge für diese Gruppe herauszuholen zu können. Die Erfahrung hat gezeigt, daß dieser Weg nur bis zu einem bestimmten Grade von Erfolg begleitet sein kann. Bleibt nämlich die Masse der in dieser Industrie Beschäftigten Arbeiter in seiner Lohngestaltung wesentlich hinter der Entlohnung der Maschinenführer zurück, ist auch für diese Gruppe ein weiteres Vorkommen in höchstem Maße erschwert. Die größte Gefahr dieser Taktik aber beruht darin, daß erstens einmal die Unternehmern in der Lage verlegt werden, der Masse der in der Tabakindustrie Beschäftigten Arbeiter ihre Lohnpolitik aufzuzwingen, weil eine Kampfgemeinschaft mit der ausschlaggebenden Gruppe der Maschinenführer durch separate Abschlüsse verhindert wurde. Hinzu aber kommt, daß durch eine solche Lohnpolitik und -taktik die Arbeitergruppe nicht geeint, sondern getrennt, und die Differenzen zwischen den einzelnen Berufsgruppen wesentlich vergrößert werden. Den Nutzen aber hat der Unternehmer.

Aus alledem ergibt sich aber die zwingende Notwendigkeit, daß sowohl der Lohnkampf der Tabakarbeiterinnen als auch der der Maschinenführer nur in einer alle Sparten umfassenden gleichzeitigen organisierten Bewegung erfolgreich durchgeführt werden kann. Das aber kann jedoch nur auf dem Wege des Streiks erfolgen, denn darüber gibt es keinen Zweifel: die Zigarettenindustriellen machen von der Lohnpolitik der übrigen Unternehmerrgruppen keine Ausnahme. Auch ihr Ziel spielt in der Stabilisierung und Verlängerung der gegenwärtig außerordentlich unzureichenden Lohnsätze, wie sie im alten Vertrag festgelegt worden sind. Führen jetzt die Maschinenführer ihre Bewegung selbstständig durch, besteht die große Gefahr, daß den Unternehmern gelingt, dieses Ziel zu mindestens bei der größten Gruppe, bei den Zigarettenarbeiterinnen, Kartonnagenarbeiterinnen und Transportarbeiterinnen durchzusetzen. Das aber muß verhindert werden.

Unsere Mitteilung über die Sabotage der Kündigung des Lohnvertrages über den Tabakarbeiterverband hat in den Betrieben eine herabsetzende Welle der Empörung ausgelöst. In allen Betrieben wurde das unerhörte Verhalten der Leitung des Tabakarbeiterverbandes auf das lebhafteste diskutiert. Unter dem Druck der Massenstimmung in den Betrieben steht sich nunmehr die Leitung des Tabakarbeiterverbandes gezwungen, heute abend nach Betriebsabschluss eine große Funktionärerversammlung

nach dem Volkshaus einzuberufen, in der nochmals zur Frage der Tarifkündigung und Lohnbewegung Stellung genommen werden soll. Man will „Mißverständnisse“ vorbeugen, so heißt es in der Einladung zu dieser Funktionärerversammlung. Und damit so kein Mißverständnis aufkommt, möchten wir dazu bemerken: der große strategische Plan der Verbandsführung geht darauf hinaus, vor den Funktionären ihr unverantwortliches Verhalten zu rechtfertigen. Die Erfahrung bestätigt es immer wieder, daß das von der Opposition angegriffene arbeiterviehländische Verhalten der Gewerkschaftsführung mit einer Hege gegen die Opposition vertuscht werden soll. Wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir erklären, daß dies auch jetzt wieder der Zweck der Werbung ist.

Der Tabakarbeiterverband sucht sein unverantwortliches Verhalten mit dem Hinweis darauf zu entschuldigen, daß die Kündigung des Vertrages auch bei früheren Anlässen immer erst zu demselben Zeitpunkt wie diesmal erfolgt sei. Es wird die Erklärung abgegeben, daß der Vertrag erneut am 6. Dezember zum 7. Januar 1929 ausföndigt worden ist und diese Kündigungsfrist juristisch zulässig sei. Falls die Unternehmern die Kündigung zu diesem Termin nicht annehmen wollten, würde eine Feststellungslage beim Arbeitsgericht eingereicht werden. Es ist ganz klar, daß es sich bei dieser Aktion nur um einen bluff handelt. Die Zigarettenindustriellen denken natürlich nicht daran, sich auf irgendwelches Kompromiß einzulassen. Sie wollen nur zu gut, daß auch eine juristische Entscheidung im Sinne der Unternehmern gefällt wird. Auf dieses Manöver dürfen die Zigarettenarbeiter nicht hereinfallen.

Die zentrale Frage, die von ihnen zur Diskussion gestellt werden muß, und von der der Erfolg ihrer Lohnbewegung abhängig ist, das ist die Gemeinsamkeit der Lohnbewegung aller daran beteiligten Organisationen und Gruppen. Die Funktionäre haben die Aufgabe, diese Frage in der heutigen Versammlung mit aller Klarheit zu stellen.

Die Koalitionsregierung gegen die Textilarbeiter

1. Die Verbindlichkeitsklärung des Textilschiedspruches

Wieder hat der Reichsarbeitsminister Willell eine Entscheidung getroffen, die für die gesamte deutsche Arbeiterkraft von höchster Bedeutung ist. Er hat den Verbindlichkeitspruch für die weitestgehende Textilarbeiter verbindlich erklärt, obwohl die sächsischen Textilarbeiter diesen unerhörten Hungerschiedspruch einstimmig zurückgewiesen haben.

Willell hat für diese Verbindlichkeitsklärung vorher die Zustimmung des Gesamtkabinetts herbeigeführt. Denn ein Kampf ist ja in Westfalen immer noch nicht ausgeschlossen. Und da hat sich Willell vorher versichert, daß im Falle, daß die Textilarbeiter kämpfen, alle staatlichen Machtmittel gegen sie eingesetzt werden. Damit sind sämtliche vier sozialdemokratischen Minister für den ungehörlichen Schiedspruch verantwortlich, und ebenso verantwortlich für die unerhörte Drohung, die in Form eines amtlichen Kommuniqués der Reichsregierung ausgegeben wurde.

Das wichtigste bei diesem Vorgang ist, daß die Koalitionsregierung durch Einseitigkeit ihrer ganzen Macht den sächsischen Textilarbeitern Löhne aufzwingen will, die ein entschliches Hungerelend dieser Proleten vergrößern.

Wenn es möglich ist, grauenvollste Verelendung durch Zahlen darzutun, so in diesem Falle. Der Schiedspruch sieht solche Lohnsätze vor, daß es die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer nicht wagen konnten, offen für Annahme des Schiedspruches einzutreten. Ja, selbst in einem Artikel des Sozialdemokratischen Pressebüros, der in der SPD-Presse veröffentlicht wurde, wurde geschrieben:

„Die Schiedsprüche sind unmöglichkeiten. Sie lassen den Lohn nach unten der Armenunterstützung. Die Unterhaltungsätze der Wohnfahrtspreise gelten dabei, wie wir voraussetzen müssen, als Mindestsätze. Die angegebenen Löhne werden von zahllosen Arbeitern in den einzelnen Orten nicht einmal erreicht. Ebenso sind die aufgeführten Löhne nicht die niedrigsten Tariflöhne, sondern Löhne, die für die Orte hauptsächlich in Frage kommen.“

Wie lauten die Zahlen? In Chemnitz Tariflohn bei 51 Stunden pro Woche im Monat 126,85 Mark, der Unterhaltungslohn für einen verheirateten Arbeiter mit vier Kindern 178 Mark, mit drei Kindern 156 Mark, mit zwei Kindern 134 Mark.

Dresden	131,15 M. und 153,70 M.
Glauchau	131,15 „ „ 143 „
Leipzig	131,15 „ „ 180,90 „
Leisnig	126,85 „ „ 144 „
Limbach	131,15 „ „ 137 „
Blauen	126,85 „ „ 158,25 „
Reichenbach	131,15 „ „ 169 „
Roswein	131,15 „ „ 150 „
Sobitz	122,76 „ „ 136 „
Verbau	122,55 „ „ 129 „
Zwickau	122,55 „ „ 145 „

Fest steht, daß sowohl der Tabakarbeiterverband als auch der DMB keinerlei Interesse an einer gemeinsamen Aktion haben. Ihr Ziel ist es, die Bewegung möglichst unter Vermeidung eines offenen Kampfes auf dem Wege friedlicher Verständigung mit dem Unternehmertum aus der Welt zu schaffen. Das nicht nur der Tabakarbeiterverband von vornherein die gemeinsame Bewegung sabotiert, sondern auch der DMB kein Interesse an einer solchen Aktion auf den Tag legt, beweist das Verhalten Böllers in der Funktionärerversammlung der drei Verbände am 30. November und seine späteren Äußerungen: „Eine gemeinsame Bewegung kommt nicht in Frage.“

Wir sind überzeugt, daß es den reformistischen Führern der am Tarifvertrag beteiligten Gewerkschaften nicht gelingen dürfte, bei den Massen der Tabakarbeiter Vertrauen und Verständnis für diese offensichtlich gegen die Interessen der Tabakarbeiter gerichtete Taktik der Zersplitterung der Lohnbewegung zu finden. Es genügt aber nicht, daß die Tabakarbeiter ihrem Unwillen nur in Worten Ausdruck verleihen. Sie müssen aus ihrer berechtigten Empörung praktische Schlussfolgerungen ziehen, müssen auf jeden Fall noch in letzter Stunde verhindern, daß ihrer Bewegung die Kraft durch Zersplitterung genommen wird. Darüber hinaus aber muß die Führung dieses Lohnkampfes der Gegenstand der Beratung und Stellungnahme aller Betriebsbelegschaften werden. Die Tabakarbeiterinnen müssen aber auch dafür sorgen, daß ihre Funktionäre den Willen der Mitgliedschaft zum Ausdruck bringen und sich gegen die von den Reformisten geplante Zerstückelung der Bewegung wenden. Dann aber muß ein weiterer Schritt getan werden. In allen Betrieben müssen die notwendigen organisatorischen Voraussetzungen zur Führung des bevorstehenden Kampfes getroffen werden. Die Tabakarbeiter dürfen die Bewegung nicht jenen Leuten überlassen, die den Unternehmern jetzt schon in die Hände spielen. Die erfolgreiche Führung des Lohnkampfes muß dadurch gesichert werden, daß die einzelnen Belegschaften die Wahl der Streikleitungen aus den Kreisen ihrer Kollegen vornehmen und alle Maßnahmen beschließen, die geeignet sind, die Massen der Tabakarbeiter und -arbeiterinnen für diesen Lohnkampf zu mobilisieren.

Also in der Mehrzahl der Fälle liegt die Armenunterstützung für einen verheirateten Arbeiter mit vier Kindern, meistens auch bei drei und zwei Kindern, über dem Lohn des Textilarbeiters.“

Neben diese Zahlen, die vom Sozialdemokratischen Pressebüro angegeben werden, nicht eine fürchterliche Sprache? Wie soll eine Textilarbeiterfamilie mit 122,55 Mark monatlich leben? Von dieser Summe gehen noch die Abzüge ab. Mit 23 Mark in der Woche sollen sich diese Menschen durchhangeln! Und diesen Schiedspruch erklärte Willell für verbindlich!

Wir wissen, warum Willell diesen Spruch verbindlich erklärt hat. Mit dem Hungerelend der sächsischen Textilarbeiter soll die Große Koalition untermauert werden. Die Verbindlichkeitsklärung dieses Spruches ist ein Teil des Preises, den die SPD-Führer für das Zustandekommen der Großen Koalition zahlen.

Eine besonders infame Rolle spielen dabei die sozialdemokratischen Führer des Textilarbeiterverbandes. Sie, die angeblich die Interessen der Textilarbeiter wahrnehmen wollen, haben in gemeinsamer Weise auf die Verbindlichkeitsklärung hingearbeitet. Den Textilarbeitern legen sie dabei ins Gesicht, daß der vorliegende Spruch unmöglich verbindlich erklärt werde, und daß Willell einen besseren Spruch fällen lassen werde. Dazu haben die Verbandsführer trotz 14tägigem tariflosen Zustand keinerlei Kampfmaßnahmen zugelassen und jede selbständige Bewegung der Textilarbeiter mit allen Mitteln bekämpft. Und hinter dem Rücken der Textilarbeiter haben sie Willell zur Verbindlichkeitsklärung des Schiedspruches aufgefordert!

Gewiß, die Unternehmern haben die Ausperrung angeknüpft. Kampf mit den Textilarbeitern besteht hart auf hart. Da müssen eben alle Machtmittel eingesetzt werden, über die die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterkraft verfügt, um die ausperrten Textilarbeiter zu befreien.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer wollen keinen solchen Kampf. Die Millionen der Gewerkschaftslisten und der Arbeiterbank werden für „höhere Zwecke“ benötigt. Um die Große Koalition zu erhalten, sollen die Arbeiter hungern und verhungern!

Da das, was die Textilarbeiter jetzt erleben, in ähnlicher Form allen Arbeitern geschehen kann, rufen wir der Arbeiterkraft zu:

Brecht den Einfluß der reformistischen Gewerkschaftsführer, schart euch um die gemeinschaftliche Opposition!
Bekämpft die arbeiterviehländische sozialdemokratische Koalitionspolitik, die das Elend der Arbeiterkraft immer mehr verschärft!

Verantwortl. Redakteure: Für Politik: Bruno Goldhammer, Dresden; für Gewerkschaftliches: Willi Sauerbe, Jena; für Satire, Sport und Humoresken: Richard Spengler, Dresden; für Literatur: Kurt Gutzert, Dresden. — Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft — Druck: Gensch, Traditionsstraße Dresden

MESS MEND

oder: Die Yankees in Leningrad

Von Jim Dollar

Copyright by Moderner Verlag, Wien

„Instruktionen, meine Teure — nicht Instruktionen,“ erwiderte Wassilow geduldig. Er hat nun einmal in seinem Leben eine Dummheit gemacht — als er betratete. Jetzt trug er ergeben alle Folgen, die sich aus dieser Dummheit ergaben.

„Instruktionen,“ widerholte seine Frau eigenhändig.

„Instruktionen, mein Kind!“

„Nein, Instruktionen!“

„Wo so steht es! Du bist eitelhastiger als die Beduine, du läßt mich nicht schlafen, und ich erkläre dir: ich fahre mit der „Amelie“, und damit Schluss!“

„Wie du willst,“ antwortete Wassilow müde, seufzte und begann sich auszuziehen.

Am nächsten Morgen stand Katja sehr früh auf, warf einen spöttischen Blick auf ihren schlafenden Gatten, setzte sich ihren elegantesten Hut auf und häupte auf die Straße. Am Haustor fand ein Dienstmann. Er strich sich den Bart. Der Bart verriet ihm ein ehrwürdiges Aussehen.

„Dienstmann,“ wandte sich Katja an ihn, „wissen Sie nicht, wo es Reisebureaus gibt, und wohin man gehen muß, um nach Kurland zu fahren?“

„Nichts leichter als das, Madam,“ antwortete lustig der Dienstmann, „gehen Sie nach Hause und warten Sie in aller Ruhe ab, bis ich, mit Ihrer Erlaubnis, Ihnen ein Billett besorge und ins Haus bringe. Sie brauchen sich nur meine Nummer zu merken: Dienstmann Nr. 7.“

„Wollen Sie das wirklich tun? Wissen Sie, die Sache ist nicht so einfach, zwischen mir und meinem Mann herrscht nämlich über diesen Punkt Uneinigkeit. Ich will mit dem Dampfer „Amelie“ fahren — zusammen mit Mrs. Deboffire. Können Sie mir ein Billett für die „Amelie“ besorgen?“

„Mit Vergnügen, Madam.“

„Wo hier — nehmen Sie das Geld. Und hier meine Papiere. Und wissen Sie was, bringen Sie mit das Billett nicht

nach Hause, sondern direkt zu Mrs. Deboffire, Rosen-Square, Nr. 10.“

„Morgen früh, Madam, wird alles in schönster Ordnung sein.“

Glücklich über den guten Anfang, den ihr Vorhaben genommen hatte, drehte Katja den Dienstmann mit einer energiegelassen Bewegung um seine Achse um, nahm aus ihrem Täschchen Bleistift, Papier und Umschlag und sagte:

„Dienstmann Nr. 7, lassen Sie mich Ihren Rücken als Pult gebrauchen. . . . So, ich möchte meinem Manne einen Brief schreiben.“

Die schiefen Zellen auf dem Papier brachten folgenden Gedankengang zum Ausdruck:

„Wassilow! Man muß Dir eine Lehre erteilen. Zu diesem Zweck empfehle ich Dir, meine Instruktionen zur Kenntnis zu nehmen. Ich reise mit Mrs. Deboffire mit der „Amelie“. Nach Hause komme ich nicht mehr zurück. Pade alle meine Sachen ein, vergiß nicht das lilä Kleid und die Gesangsnoten. Ich hoffe, daß auch du mit der „Amelie“ reisen wirst — andernfalls treffen wir uns an der Anlegestelle in Kronstadt.“

Deine Frau Katja

„Nehmen Sie diesen Brief,“ sagte sie, „bringen Sie ihn nach oben, werfen Sie ihn ins Bett und kommen Sie sofort zurück. Wenn er etwas fragen sollte — sind Sie stumm wie ein Fisch. Verstanden?“

„Freilich, freilich, Madam,“ schmunzelte der Dienstmann. Er sah der munteren Dame nach, wie sie ihren Sonnenschirm über dem Kopfe aufspannte und in der Richtung zum Rosen-Square eilte. Dann las er den Inhalt des Briefes, schüttelte den Kopf und trat in den Hauseingang. Als es ihm nach einer Weile gelungen war, Wassilow aufzuwecken, steckte er ihm den Brief in die Hand und rannte, ohne seine Fragen zu beantworten, die Treppe hinunter.

„Johann, der alte Dienstmann dieses Stadtviertels, handelte von selber, wie ihm befohlen war. Als er aber wieder auf der Straße angelangt war, bewies er eine erstaunliche Selbständigkeit, und zwar ging er bis zum nächsten Kanalisationsrohr, warf einen prüfenden Blick um sich, schlug das Gitter hoch und verschwand mit der Geschwindigkeit einer Kugel im Loch. Der dunkle, nasse Gang führte ihn zunächst zu einer Stiebtreppe und dann zur Station der Untergrundbahn. Johann wartete einen günstigen Augenblick ab und sprang in den schmalen Spalt hinein, den er zwischen den Eisenblechen eines Waggons

wahrnahm; er befand sich im geheimen Kupee, zwischen der Toilette und dem Heizraum.

Der ehrliche Johns stieg einige Male um, versank wieder in einem unterirdischen Gang, und erreichte nach einer Weile, durchkäst, beschmutzt, mit zerzaustem Bart — den heißen Ort unter der Küche der „Patriziana“, wo der Installateur Van-Gopp, mit dem Kautschukschläuchen in den Ohren, an seinem gewohnten Platz saß.

„Mend-Mend,“ rief atemlos der Dienstmann aus.

„Meh-Mend,“ antwortete Van-Gopp, „bist du's Johns?“

„Was gibt's Neues?“

„Wassilows Frau hat mir den Auftrag gegeben, ihr ein Billett für die „Amelie“ zu besorgen. Sie will nämlich allein fahren. Morgen früh muß ich ihr das Billett mit samt ihren Papieren an die Adresse ihrer Freundin zustellen.“

„Es ist gut, Johns, tue es nur, ich werde dir davon unterrichten. Und ach zu, Johns, daß dem Wassilow nichts geschieht. Stelle deine Zungens an allen Ecken auf, hüte ihn wie dein Auge — solange er den Dampfer nicht erreicht hat. Schreibe hier auf, was du zu melden hast.“

Der Dienstmann steckte die Bleistiftspitze in den Mund, schrieb dann eine ausführliche Meldung, fügte eine Kopie des Briefes von Katja hinzu, legte das ganze neben Van-Gopp hin, verließ eilig den Raum, passierte eine Wand und gelangte zur anderen Seite des Hotels, wo sich das Bureau für den Dampfer, Eisenbahn- und Flugverkehr befand.

Genosse Wassilow las indeß nicht ohne Verger den Zettel seiner Frau. Er wußte aus Erfahrung, daß die Quadratur des Kreises ein hoffnungsvolleres Unternehmen ist, als das Bestreben, seine eigenen Wünsche mit denen seiner Frau in Uebereinstimmung zu bringen. Aber er nahm sich die Sache nicht allzu sehr zu Herzen, suchte die Köheln und machte sich an das Paden.

Wassilow war ein Schander, gewandter Mann mit einem raffinierten Gesicht, das in den 15 Jahren seines Aufenthaltes in Amerika recht amerikanisiert war. Außerhalb seiner Parteilichkeit war er ein ausgezeichneter Ingenieur; er fuhr jetzt in seine Heimat mit einem Mandat in der Taibe und dem heißen Wunsch im Herzen, seine Kräfte der russischen Industrie zu widmen. Er packte die zahllosen „Fähnchen“, darunter auch das lilä Kleid und die Gesangsnoten, in einen Koffer, steckte notwendige Papiere in seine Taschen, vergaß auch die Postkarte seiner Frau nicht, nahm den Hut und machte sich auf den Weg, um ein Billett zweiter Klasse für den Dampfer „Torpedo“ zu besorgen, der in drei Tagen nach Europa abfuhr.

Paul Beckers

zieht um
von der Neustadt in die Altstadt und eröffnet
am 1. Weihnachtsfeiertag
nach vollständiger Renovierung

Beckers Bunte Bühne

früher Tivoli (Alhambra-Lichtspiele)
Weiningerstraße 12

zu volkstümlichen Preisen

Das große Eröffnungsprogramm

Rund
um den
Postplatz

Die urkomische Lokalrevue

Großfeuer!

Menschenleben in Gefahr!
Müssen Sie sehen!

Ab Dienstag!

Über 82000 Besucher
sahen im Ausstellungspalast dieses
spannende Großbildwerk der
Theatralischen Feuerwelt und
waren begeistert!

Der Ben Hur hat kein Film einen denselben Erfolg, wie dieser begeisterte Kritik der
gesamten Tagespresse erlief.

Ein Drama unserer Zeit

Im Rahmen einer ununterbrochen spannenden und ergreifenden Handlung sehen wir die auf-
opfernde Tätigkeit der technisch vollkommenen Einheiten unserer Großstadtfirearmer.
Der Höhepunkt der dramatischen Handlung bildet der Eisenbrand in einer der größten
Fabrikhallen Dresdens.

Das Lied vom braven Mann

Möge aus allen Städten dieses herrlichen Pommerschen Ungezähnte Anfragen
veranstalten uns den Film noch einige Tage in unserem Theater zu zeigen.

Benzinzauber • Opel-Wochenschau

Großes in 2 Akten • Das Neueste aus aller Welt
16, 18.15, 20.30 Uhr

MS-Lichtspiele

Meritzstraße

Wenn's niemand macht! Oswald Machts!

Hauptlager:

Kaibachstraße 31, I. Etg.
Ecke Pillnitzer Straße

Möbel

aller Art

Große Auswahl! Billige Preise!
Günstige Zahlungsbedingungen!

Empfehle mein reichhaltiges Lager in
Raumann- und Köhler-

Nähmaschinen

zum Stablen u. Sticken geeignet
mit langjähriger Garantie. Anschau-
lung schon von 10 Mk. an. Hoher
Raffa-Rabatt. Lieferung frei Haus!
Nähmaschinen-Haus W. Haal
Birna-Cobik, Am Rathaus

Pirnaer Bettfederhandlung

Fertige Betten, Inletts, echt türk.
rot und federdicht!

M. EHPANER
Pirna, Schloßstraße 11 / Tel. 842

Passende

Weihnachts-Geschenke

Küchensaal
Klub, Rauch-,
Nah-, Schreib-,
Servierische,
Schreibische- und
Klavier-Sessel-
Notensänder,
Palmenständer,
Blumenkrippen
Chaiselongues
Chaiselongues-
Decken, Wand-
behänge in jeder
Preislage
Neuheiten in
Tischdecken

Paul Gregor, Pirna, Barbi-
erstraße 14/15

A. verw. Alberts Dresden-A. 19
Schaubauer Straße 9
Getreide, Futter- und Düngemittel
Sämereien und Kartoffeln / Telefon 33159



Sämtliche Strümpfe Trikotagen Wollwaren

finden Sie
in bekannt großer Auswahl
und niedrigsten Preisen im

Strumpf- und Wollwaren-
Spezialgeschäft

Besichtigen Sie mein großes Lager



Alles vom Faß und in Flaschen

Rum
ff. Liköre
(Flasche von M. 3.- an)

Rotwein
(Liter M. 1.30)

Arthur Mahnert

Hersteller feinsten Liköre
Pirna, Waisenhausstraße

Schulfrei

gab es schon 1899 in Berlin, als der
Zirkus Barnum & Bailey in Berlin einzog.
Klassenweise wohnten die Kinder dem pom-
posen tanmisch des Unternehmens bei.
Noch heute ist in vielen amerikanischen
Städten der Zirkus-Einzugstag schulfrei!

Ein Bürgermeister

von Nordamerika, Mayor Ashloz, sagte in
einer Sitzung der Schuldeputation: „Wenn
ein Zirkus in der Stadt war, besuchte ich
nie die Schule. Es gibt nichts, was er-
zieherisch wertvoller ist als ein moderner
Zirkus. Schon Ankunft und Abbau des
Zirkus ist eine Lektion. Ich stimme für
einen ganz schulfreien Tag, wenn der
Zirkus kommt!“

Argentiniens Präsident

begrüßte Sarrasani mit den Worten: „Ich
begrüße Ihr Unternehmen als einen Ge-
winn nicht nur für die Stadt Buenos Aires,
sondern für das ganze Land!“

Ein herzliches Willkommen

haben die verschiedensten Geschäftshäuser, Hotels, Restaurants usw. dem
Circus Ringling Bros und Barnum-Bailey anlässlich der Rückkehr in seine Hei-
matstadt im Inseratenteil der amerikanischen Tageszeitungen entgegengegrüßt!

Wann wird man auch in Deutschland so weit sein??

SARRASANI

Eröffnung **25. Dezember** An allen 3 Festtagen
Dresden: **25.** 3 Uhr nachm. 2 Vorstellungen (7.30 Uhr)



Pfunds Backmilch und Backbutter

erzelen sich immer als tadello

Vorbereitungen zu Tagespreisen durch
unfere 50 Köche und 50 Busfahrer
arbeiten

Dresdner Molkerei Gebrüder Pfund

o. m. b. o.
Dauyner Str. 73/84 Fernsprecher 52321



BEKANNTMACHUNG!

Um den großen Andrang und unzulässige Warten zu vermeiden,
bitte ich Sie, Ihren Bedarf rechtzeitig zu decken.

Soler-Wein-

großhandlung

Für Lieferung ins Haus empfehle ich möglichst bald Bestellung,
da die Aufträge nur der Reihe nach ausgeführt werden können.

Wettlinerstraße 48
Wilsdrücker Str. 19

Fernsprecher 27034

Consumverein Vorwärts Löbau

empfiehlt

Strick- und Wollwaren, Unter-
wäsche, Arbeitskleidung, Herren-
Damen- und Kinder-Konfektion,
Filzschuhe, Lederschuhe, Hüte,
Mützen und Spielwaren

Billigste Preise und beste Qualitäten

Geschäftseröffnung!

Einer verehrten Einwohnerschaft von Freital
und Umgegend zur getäglichen Kenntnis, daß
wir am 18. Dezember 1928 gemeinsam
nach mehrjähriger Tätigkeit am Ort, ein-

Damen- und Herren-Friseurgeschäft in Freital-Deuben, Obere Dresdner Str. 130

eröffnen. Beste Inehemliche Bedienung zu-
sichernd, bitten wir um gütige Unterstützung

Hochachtungsvoll

Oswald Bachmann Margarete Nopp
Lehrerin Schöler

Alle Backwaren

Zigarren, Tabak, Kaffee, Kakao,
Schokoladen, Liköre,
Weine, Rum, Arak, Kognak

Haußwald am Markt